

Magistratsdirektion der Stadt Wien

Eing. 24. MAI 2022

LG-1244176-2022-LAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

DER PRÄSIDENT DES
WIENER LANDTAGES
SEKRETARIAT

24. MAI 2022

EINGELANGT

INITIATIVANTRAG

gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung

der Landtagsabgeordneten Mag^a Nina Abrahamczik, Mag. Josef Taucher und
Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ),
sowie Mag^a Bettina Emmerling, MSc und Mag. Jörg Konrad (NEOS)

betreffend die **Schaffung des Wiener Berufungssenates.**

Begründung

Der Verwaltungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 12.11.2021, Ro 2019/04/0001, ausgesprochen, dass in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde Wien, die aus der Bundesvollziehung stammen und wo der Bundesgesetzgeber den aus Art. 118 Abs. 4 zweiter Satz Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) bestehenden Instanzenzug nicht ausgeschlossen hat, ein solcher weiterhin besteht.

Die höchstrichterliche Entscheidung erfordert somit, dass in den genannten Gemeindeangelegenheiten eine Berufungsbehörde eingerichtet wird.

Ausgehend davon wird vorgeschlagen, durch eine Änderung der Wiener Stadtverfassung den „Wiener Berufungssenat“ zu schaffen, der aus einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern besteht. Die Mitglieder sind vom Stadtsenat auf fünf Jahre zu bestellen. Sie müssen im Hinblick auf die Aufgabe des Wiener Berufungssenates, die im Wesentlichen in der Entscheidung über Berufungen gegen Bescheide des Magistrats liegt, rechtskundige Bedienstete sein. Eine Abberufung der Mitglieder soll nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes (wie etwa dem Entfall der Bestellungsvoraussetzungen) möglich sein.

Zu bemerken ist, dass die überwiegende Anzahl an Rechtsmittel im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde Landessachen betreffen. Für diese gilt unverändert der Ausschluss des Instanzenzuges in § 75 Abs. 1 zweiter Satz Wiener Stadtverfassung. Die hier vorgeschlagene Berufungsbehörde entscheidet daher nur in jenen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, die durch Bundesgesetze geregelt sind und der Bundesgesetzgeber den Instanzenzug nicht ausgeschlossen hat (z. B. Angelegenheiten nach der Wiener Marktordnung).

Die unterfertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung und gemäß § 30b Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Initiativantrag

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Stadtverfassung geändert wird, wird zum Beschluss erhoben.

Wien, am 24. Mai 2022

Beilage:
Gesetzentwurf

Anna Nehauer

Kurt Storz

Mag. Josef Tauer

Fritz Thull

Annemarie

ENTWURF

Gesetz, mit dem die Wiener Stadtverfassung geändert wird

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Art. I

Die Wiener Stadtverfassung, LGBl. für Wien Nr. 28/1968, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. für Wien Nr. 63/2021, wird wie folgt geändert:

1. In § 8 Abs. 1 Z 11 wird die Zahl „11“ durch die Zahl „12“ ersetzt und es wird vor dieser Ziffer folgende Wort- und Zeichenfolge eingefügt: „11. der Wiener Berufungssenat,“.
2. In der Überschrift vor § 67 wird die Zahl „8“ durch die Zahl „9“ ersetzt.
3. Vor § 67 wird folgender § 66g samt Überschriften eingefügt:

„8. Abteilung

Vom Wiener Berufungssenat

§ 66g

(1) Sofern der Instanzenzug im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde nicht ausgeschlossen ist, ist der Wiener Berufungssenat die Berufungsbehörde.

(2) Der Wiener Berufungssenat besteht aus einem Vorsitzenden sowie zwei weiteren Mitgliedern. Der Vorsitzende sowie die weiteren Mitglieder sind vom Stadtsenat aus dem Kreis der rechtskundigen Bediensteten des Magistrats auf fünf Jahre zu bestellen. Bei der Bestellung ist festzulegen, welches Mitglied den Vorsitzenden im Fall seiner Verhinderung vertritt. Für jedes Mitglied ist zudem ein Ersatzmitglied zu bestellen.

(3) Die Mitglieder (Ersatzmitglieder) können vom Stadtsenat aus wichtigem Grund abberufen werden. Ein solcher liegt jedenfalls vor, wenn die Bestellungs Voraussetzungen weggefallen sind. In diesem Fall ist unverzüglich ein neues Mitglied (Ersatzmitglied) zu bestellen.

(4) Die Sitzungen des Wiener Berufungssenates sind mindestens in jedem Vierteljahr einmal vom Vorsitzenden einzuberufen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Vorsitzende leitet die Sitzungen. Über die Sitzungen wird von einem hierfür beigezogenen Bediensteten der Stadt Wien ein Beschlussprotokoll erstellt. Auf Wunsch der Mitglieder sind Anmerkungen zu einzelnen Beschlussakten in das Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden zu genehmigen.

(5) Der Wiener Berufungssenat ist beschlussfähig, wenn der Vorsitzende (Stellvertreter) sowie zwei weitere Mitglieder (Ersatzmitglieder) anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Stimmenthaltungen sind unzulässig. In begründeten Ausnahmefällen kann der Vorsitzende

anordnen, dass die Sitzung und Beschlussfassung im Wege einer Videokonferenz durchgeführt wird. Der Vorsitzende kann jede Berufung, über die entschieden werden soll, einem Mitglied zur Berichterstattung zuweisen. Die Geschäftsstelle des Wiener Berufungssenates ist der Magistrat.

(6) Der Vorsitzende kann in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, dem Verwaltungsgerichtshof und dem Verfassungsgerichtshof auch ohne Beschlussfassung im Wiener Berufungssenat die Akten des Verwaltungsverfahrens vorlegen sowie Stellungnahmen und Gegenschriften erstatten, sofern dies (z. B. auf Grund der einzuhaltenden Fristen) erforderlich ist. Der Wiener Berufungssenat ist in der nächsten Sitzung darüber zu informieren. Dem Vorsitzenden obliegt zudem die Ausstellung von Vollmachten an Bedienstete der Stadt Wien zur Vertretung des Wiener Berufungssenates in mündlichen Verhandlungen vor diesen Gerichten.“

4. § 75 Abs. 1 zweiter Satz lautet:

„Ein Instanzenzug findet in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, der durch Landesvorschriften geregelt ist, nicht statt.“

5. § 78 lautet:

„Der eigene Wirkungsbereich wird vom Gemeinderat, vom Stadtsenat, vom Bürgermeister, von den amtsführenden Stadträten, von den Gemeinderatsausschüssen und Kommissionen des Gemeinderates, von den Bezirksvertretungen, den Bezirksvorstehern und den Ausschüssen der Bezirksvertretungen, vom Wiener Berufungssenat und vom Magistrat ausgeübt.“

6. In der Überschrift vor § 105 wird die Zahl „7“ durch die Zahl „8“ und in der Überschrift zu § 112 die Zahl „8“ durch die Zahl „9“ ersetzt. Vor § 105 wird folgender § 104d samt Überschrift eingefügt:

„7. Abteilung

Vom Wirkungsbereich des Wiener Berufungssenates

§ 104d

Sofern der Instanzenzug im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde nicht ausgeschlossen ist, entscheidet in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde der Wiener Berufungssenat über Berufungen gegen Bescheide, sowie wegen Verletzung der Entscheidungspflicht.“

Art. II

(1) Dieses Gesetz tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(2) Dieses Gesetz ist auf zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens anhängige Verfahren anzuwenden.

Der Landeshauptmann:

Der Landesamtsdirektor: